



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Etablierung eines Corona-Früh- und Entwarnsystems durch Abwasseranalysen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein einheitliches Corona-Monitoringsystem aufzubauen, welches sich auf die Abwassermessungen der Kläranlagen stützt. Hierzu sollen vor allem die Projekte der TU München unterstützt, weiterentwickelt und flächendeckend angewandt werden. Parallel muss die Staatsregierung auch auf Bundesebene auf ein entsprechendes Corona-Monitoringsystem hinwirken.

Somit kann auch nach der akuten Pandemiesituation eine frühzeitige Erkennung von Corona-Erkrankungen in relativ kleinteiligen Gebieten gewährleistet werden.

Weiterhin soll geprüft werden, ob entsprechende Corona-Monitoringsysteme auch für die systematische Überwachung anderer Stoffe und Eintragungen helfen können. Um den Austausch und die Vernetzung von Informationen und Daten über Stoffeigenschaften und -bewertungen zu verbessern, könnten auch multiresistente Keime, Mikroplastik und weitere Schadstoffe durch eine Abwasser- und Gewässerüberwachung analysiert und über Modellrechnungen deren Eintragspfade verfolgt und abgebildet werden.

Daher könnte das System neben der Frühwarnfunktion ebenso helfen, die in der Nationalen Wasserstrategie geforderte bundesweite Datenbank zu Stoffen, Keimen und Partikeln zu bespeisen, die eine Wissensbasis für die Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit schaffen soll und auch den stoffrechtlichen Vollzug unterstützen kann.

Begründung:

In der aktuellen Pandemiesituation wird weltweit nach einem Weg gesucht, die Corona-Infektionen schnell und zuverlässig nachzuweisen. Durch die Messung von Virenkonzentration im Zulauf von Kläranlagen lassen sich Rückschlüsse über die Erkrankungen in der Bevölkerung schließen, wodurch ein verlässliches Corona-Früh- und Entwarnsystem für Bayern etabliert werden kann, das den gemeldeten Fallzahlen vorgreift und zum einen den Planungshorizont schärfen wird, zum anderen zu besseren und pointierteren Schutzmaßnahmen führen soll. Denn ein Trend zu den Infektionszahlen lässt sich durch die Abwasseranalysen um bis zu zehn Tage früher vorhersagen als durch die aktuellen Methoden der Gesundheitsämter.

Durch die Methode wird die Gesamtbevölkerung in Bayern erfasst, unabhängig von Testkapazitäten oder der Bereitschaft, sich testen zu lassen. Die Krisenstäbe in den Regionen erhalten durch das Abwassermonitoring eine frühe Einschätzung über das örtliche Infektionsgeschehen und die gezielte Cluster-Nachverfolgung wird gestärkt.

Derzeit unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung drei Verbundprojekte, die an einem solchen Abwassermonitoring forschen, darunter das Projekt „Abwasser Biomarker CoV-2“ unter Koordination der TU München. Ersten Ergebnissen zufolge zeigt sich, dass sich der Corona-Erreger mit modernen molekularen Methoden wie PCR-Tests oder Genomsequenzierung in Kläranlagen identifizieren lässt. Auch in

Meitingen wurde das Abwasser der örtlichen Schulen und Kitas auf Coronaviren im Rahmen einer Pilotstudie untersucht. Jedoch tragen der Markt und der Landkreis diese Projektkosten selbst. Mit einem einheitlichen und bayernweitem Corona-Früh- und Entwarnsystem aus dem Abwasser könnte man hier auch die Gemeinden und Landkreise entlasten. Ebenso wurde von der EU-Kommission eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten herausgegeben, beim Kampf gegen das Coronavirus auf das Instrument der Abwasserüberwachung zu setzen. Während andere EU-Länder wie Frankreich oder Spanien dieses Verfahren bereits intensiv nutzen und in den Niederlanden die entsprechenden Daten laufend online abrufbar sind, wird in Deutschland noch geklärt, ob Umwelt- oder Gesundheitsbehörden für ein Abwassermonitoring zuständig sind.

Zusätzlich zum Corona-Monitoring soll die Staatsregierung die Etablierung weiterer Überwachungssysteme für andere Schadstoffe und Eintragungen in das Abwasser- und Gewässersystem prüfen. Dies könnte vor allem der geplanten bundesweiten Datenbank im Rahmen der Nationalen Wasserstrategie dienen, deren Zweck es ist, einen verbesserten Austausch der Behörden zu möglichen verstärkten Schadstoffeinträgen zu erreichen, Transparenz für Wissenschaft, Behörden und Verbraucher zu schaffen sowie einen eventuellen Vollzug zu erleichtern.